

RECHT UND ZOLL

RUMÄNIEN / INVEST.

Business Angels werden gefördert

BUKAREST (NfA/gtai)--Das neue rumänische Gesetz zur Investitionsförderung sieht Steuererleichterungen für private Investoren bei Investitionen in kleine und Mikrounternehmen vor. Es tritt am kommenden Freitag Kraft. Den Status eines sogenannten Business Angels im Sinne des neuen Gesetzes, der von den Vergünstigungen der neuen Gesetzesnormen profitieren kann, können natürliche Personen erlangen, die zwischen 3.000 und 200.000 EUR investieren. Es muss sich um eine Person handeln, die bislang keine Beteiligung an der entsprechenden Gesellschaft hält. Sie darf im Rahmen der Investition eine - direkte oder indirekte - Beteiligung von maximal 49% erlangen.

Die Person muss eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der rumänischen Steuerbehörden erhalten und darf nicht wegen Eigentums-, Korruptions- und Geldwäschegesetze vorbestraft sein. Bei der begünstigten Gesellschaft muss es sich um eine solvente Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach rumänischem Recht („societate cu raspundere limitata“ -S.R.L.) handeln. Ausgenommen sind Unternehmen, die in folgenden Bereichen tätig sind: Bank- und Versicherungswesen, Immobilien, Kohle- und Stahlindustrie, Tabak und Alkohol, Schiffsbau, Rüstungsindustrie und Beratungsdienstleistungen.
M.D./NfA/13.7.2015

UKRAINE

Tarif-Änderungen bei erneuerbaren Energiequellen

Deutliche Erhöhung für Wasserkraftanlagen / Vin Igo Dykunsyky

KIEW (NfA)--Das Parlament der Ukraine hat Gesetzesänderungen im Falle der Produktion von Strom aus alternativen Energiequellen auf den Weg gebracht. So werden das Regime der Festlegung der Höhe der Einspeisevergütungen, des sogenannten „grünen Tarifs“, geändert, das Erfordernis des Local Content abgeschafft und stattdessen die Bedingungen der Festlegung eines Zuschlags im Falle der Nutzung von Ausrüstung aus ukrainischer Produktion bestimmt.

Die Vergütung wird bis 2030 in Euro fixiert. Als Bezugsgröße für die Bestimmung der Höhe gilt der 2009 festgesetzte Tarif für Verbraucher von Strom zweiter Spannungs-kategorie (0,05385 EUR). Die Bezugsgröße wird mit dem Koeffizienten des Tarifs je nach Art der Energiegewinnung multipliziert. Die Nationale Energieregulierungskommission wird die Umrechnung in die nationale Währung zum mittleren offizi-

ellen Valutawechselkurs der Nationalbank in jedem Quartal durchführen. Bislang erfolgte die Umrechnung monatlich. Bezahlt werden muss die gesamte produzierte Energie zum „grünen Tarif“ - mit Ausnahme des eigenen Verbrauchs.

Es ist nun auch möglich, dass Haushalte nicht nur Solar-, sondern auch Windenergieanlagen mit einer jeweiligen Leistung von bis zu 30 kW einrichten - eine höhere

Leistung, als zum Verbrauch nach dem Vertrag über die Nutzung von elektrischer Energie erlaubt wurde, ist aber untersagt. Zudem wird auch ein „grüne Tarif“ für Elektroenergie eingeführt, die aus Geothermie produziert worden ist. Die Höhe des Tarifs wird auch weiterhin vom Datum der Inbetriebnahme der Anlage abhängen, die die Elektrizität aus den alternativen Quellen produziert.

Erheblich erhöht wird die Zahlung für Energie, die durch Wasserkraftanlagen gewonnen wird. Für Photovoltaikanlagen von industrieller Bedeutung (Freiflächen) wurde der Tarif herabgesetzt. Die Senkung erfolgte im Allgemeinen wegen der Abschaffung der Anwendung des Koeffizienten für Stoßzeitenverbrauch. Unverändert bleibt der Tarif für die Windenergie. Sie hängt auch weiterhin von der Leistung des jeweiligen Windrads ab.

Erhöht wurde der auch für Anlagen, die Elektrizität aus Biogas und Biomasse produzieren. Dabei hat der Gesetzgeber die Biomasse als „nicht geförderte, biologisch sich erneuernde Substanz organischer Herkunft“ definiert, die für eine biologische Zersetzung geeignet ist. Dazu zählen Produkte, Abfälle und Reste der Wald- und der Landwirtschaft, der Fischwirtschaft und der technologisch damit verbunde-

nen Bereiche der Industrie, sowie Bestandteile der Industrie- und Wirtschaftsabfälle, die für eine biologische Zersetzung geeignet sind.

Aus für Local-Content-Regel

Das Gesetz schafft die umstrittenen Local-Content-Regelungen ab. Nun wird die Nutzung von Ausrüstung aus ukrainischer Produktion durch die Festlegung eines entsprechenden Zuschlags zum „grünen Tarif“ gefördert, und zwar unter der Bedingung der Inbetriebnahme von Elektroenergieanlagen bis Ende 2024. Allerdings wird dieser Zuschlag nicht auf Anlagen von privaten Haushalten angewendet. Wenn der Umfang der Nutzung von Ausrüstung aus ukrainischer Produktion mindestens 30% umfasst, beträgt die Höhe des Zuschlags 5 % ab mindestens 50% sind es 10 %. Das Gesetz sieht ein Verzeichnis von Ausrüstung vor, bei dessen Nutzung der Zuschlag zum „grünen Tarif“ angewandt werden kann.
NfA/13.7.2015

Art	Leistung (kW)	Datum der Inbetriebnahme:				
		01.07.-31.12.2015	2016	2017 - 2019	2020 - 2024	2025 - 2029
Solarenergie Freiflächen		0,1696	0,1599	0,1502	0,1352	0,1201
Solarenergie Dach bzw. Fassaden		0,1804	0,1723	0,1637	0,1475	0,1309
Windenergie gewonnen mit Hilfe von Windrädern	<600		0,0582		0,0517	0,0452
	600-2000		0,0679		0,0603	0,0528
	>2000		0,1018		0,0905	0,0792
Biomasse			0,1239		0,1115	0,0991
			0,1239		0,1115	0,0991
Wasserkraft	<200		0,1745		0,1572	0,1395
	200-1000		0,1395		0,1255	0,1115
	1000-10000		0,1045		0,0942	0,0835
Erdwärme			0,1502		0,1352	0,1201
Solarenergie privater Haushalte	<30	0,2003	0,1901	0,1809	0,1626	0,1449
Windenergie privater Haushalte	<30		0,1163		0,1045	0,0932

Werte in EUR

Quelle: dlj.ua

KONTAKT:

Igor Dykunsyky
Rechtsanwalt
igor.dykunsyky@dlf.ua
www.dlf.ua

RUSSLAND

Neues Gesetz zur Industriepolitik

MOSKAU (NfA/gtai)--Zu Monatsbeginn trat in Russland das Gesetz „Über die Industriepolitik“ in Kraft. Es ist das erste Gesetz dieser Art auf föderaler Ebene, bislang existierten ähnliche Regelungen nur regional. Als Ziel werden die Schaffung einer hochtechnologischen, wettbewerbsfähigen Industrie, die den Anteil der Rohstoffexporte verringern soll, sowie die Sicherung der

Arbeitsplätze und die Steigerung des Lebensstandards genannt.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit spezieller Verträge zwischen privaten Investoren und dem Staat vor. Diese werden für eine Dauer von bis zu zehn Jahren abgeschlossen. Demnach verpflichtet sich der private Investor, die Produktion von Industriegütern einzurichten oder zu modernisieren. Der Staat verpflicht-

et sich, das Projekt während der Vertragslaufzeit zu fördern. Dem privaten Investor wird die Nichterhöhung der Steuerbelastung während der Laufzeit garantiert - unabhängig von jeglichen Änderungen der Steuergesetzgebung. Ebenfalls sieht das Gesetz vor, dass eventuelle Rechtsänderungen, zum Beispiel nachträglich eingeführte gesetzliche Einschränkungen oder Verbote, sich

während der Vertragslaufzeit nicht die Vertragspartner erstrecken.

Dieser Investitionsvertrag unterscheidet sich von PPP- und Konzessionsverträgen dadurch, dass der Staat keine Mittel investiert und kein Eigentum erwirbt. Vielmehr bezweckt er die Schaffung von idealen Bedingungen für die Umsetzung des Projekts durch den privaten Investor, der einen Mehrwert in

Form von neuen Arbeitsplätzen und künftigen Steuereinnahmen schafft. Als Fördermaßnahme wird auch die Priorität der einheimischen Industrieproduktion bei öffentlichen Ausschreibungen festgelegt. Im Bereich des allgemeinen Vergabegesetzes sind demnach Bedingungen, Verbote und Beschränkungen für ausländische Waren möglich.
NfA/10.7.2015

MÄRKTE

Äthiopien	Seite	Israel	Seite
Mehr Privatwirtschaft ist unerlässlich	7	Die Einfuhr von Schließern und Beschlägen steigt deutlich	7
China		Japan	
DIHK-Außenwirtschaftschef Treier beklagt Diskriminierung	1	„Keine Gefahr“ durch den China-Crash	1
Meditintechnik: Der Zwang zur Vor-Ort-Produktion	5		
Großbritannien		Polen	
Abschreibungsmöglichkeiten bieten Anreize für Investitionen	6	United Internet übernimmt Webhosting-Marktführer	1
GUS		Rumänien	
Chinesische Firmen drängen in den GUS-Raum	3	Business Angels werden zusätzlich gefördert	2
Irland		Henschel investiert im Industriepark Tetarom III	5
IAG kommt bei Aer Lingus zum Zug	1		

Russland	Seite	USA	Seite
Neue Datenschutz-Regeln gelten ab Septemer	1	Die Unternehmen setzen auf TTIP	6
Neues Gesetz zur Industriepolitik in Kraft	2	Ford verlagert Kompaktwagen-Fertigung nach Mexiko	6
DMG Mori Seiki eröffnet Werk in Ulyanovsk	5	Sysco bläst Fusion mit US Foods ab	6
Schweden		Alcoa leidet unter niedrigen Aluminiumpreisen	6
Konjunkturpaket für den Wohnungsbau geplant	4	Tauziehen um die amerikanische Ex-Im-Bank	8
Slowakische Republik		Welt	
Die Autobranche baut ihre F&E-Aktivitäten aus	3	IEA warnt vor erneut fallenden Ölpreisen	1
Ukraine			
350 Staatsunternehmen stehen zum Verkauf	1		

Tarif-Änderungen bei erneuerbaren Energiequellen	2
USA	
Die Unternehmen setzen auf TTIP	6
Ford verlagert Kompaktwagen-Fertigung nach Mexiko	6
Sysco bläst Fusion mit US Foods ab	6
Alcoa leidet unter niedrigen Aluminiumpreisen	6
Tauziehen um die amerikanische Ex-Im-Bank	8
Welt	
IEA warnt vor erneut fallenden Ölpreisen	1

BRANCHEN/THEMEN

Außenhandel	Seite	Rumänien	Seite
China	1	Russland	5
USA	8	Medizintechnik	
Chemie		China	5
USA	6	Nahrungsmittel	
Erneuerbare Energien		USA	6
Ukraine	2	NE-Metalle	
Forschung und Entwicklung		USA	6
Slowakische Republik	3	Pkw	
Industrie		USA	6
Russland	2	Recht	
Internetdienstleistungen		Russland	1
Polen	1	Rohstoffe	
Investitionen		Welt	1
GUS	3	Sicherheit	
Rumänien	2	Israel	7
Konjunktur		Wirtschaft und Politik	
Äthiopien	7	Schweden	4
Japan	1	Ukraine	1
Luftverkehr			
Irland	1		
Maschinenbau			
Großbritannien	6		